



An die Mitglieder des Ständerates der
Schweizerischen Eidgenossenschaft

Basel, 16. November 2016

Keine Kontingentierung für Grenzgängerinnen und Grenzgänger

Sehr geehrte Damen und Herren Ständeräte

Am 9. Februar 2014 hat das Schweizerische Stimmvolk die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ knapp angenommen. Die Umsetzung dieser Initiative könnte auch für Arbeitnehmende in der Schweiz mit Wohnsitz im Ausland, sogenannte Grenzgängerinnen und Grenzgänger, direkte Folgen haben. Dies betrifft wirtschaftlich eng verflochtene Grenzregionen wie die Oberrheinregion besonders stark.

Die deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz als Gremium der Exekutive und der Oberrheinrat als Versammlung der Gewählten der Dreiländerregion halten fest, dass Grenzgängerinnen und Grenzgänger *per definitionem* keine Zuwanderer sind und dass sie deshalb keinem System von Kontingenten oder Höchstzahlen unterworfen werden sollen.

Bereits im Juni 2016 hat der Oberrheinrat eine Resolution mit dem Titel „Keine Kontingentierung für Grenzgängerinnen und Grenzgänger am Oberrhein“ an den Bundesrat gerichtet, die von Bundespräsident Johann Schneider-Ammann mit Schreiben vom 5. Juli 2016 verdankt und beantwortet worden ist. Aufgrund der hohen Aktualität sollen im Folgenden nochmals die wichtigsten Anliegen der Oberrheinkonferenz und des Oberrheinrats dargelegt werden:

Die deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz und der Oberrheinrat:

- sehen im durchlässigen, grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt einen zentralen Standortfaktor, welcher in entscheidendem Masse zum wirtschaftlichen Erfolg des trinationalen Wirtschaftsraums am Oberrhein beiträgt. Auch mit Blick auf die Verschärfung des Fachkräftemangels sind die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in allen drei Ländern angehalten, keine Massnahmen ins Auge zu fassen, welche diesen Erfolgsfaktor gefährden;
- erinnern daran, dass innerhalb der Trinationalen Metropolregion Oberrhein rund 100'000 Arbeitskräfte im benachbarten Ausland arbeiten. Über 70'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger pendeln täglich von Frankreich und Deutschland in die Nordwestschweiz. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden äusserst geschätzt und erfüllen im Gastland wichtige Funktionen;
- sind entsprechend besorgt über die möglichen Auswirkungen der «Masseneinwanderungs-Initiative», die im Februar 2014 vom Schweizer Volk angenommen wurde und die, soweit im gesamtwirtschaftlichen Interesse der Schweiz liegend (= Initiativtext), auch für Grenzgängerinnen und Grenzgänger Einschränkungen vorsieht;



- begrüßen, dass verschiedene mögliche Lösungen zur Umsetzung der Initiative erörtert werden, die den Grundsatz der Personenfreizügigkeit nicht in Frage stellen. Auf jeden Fall gilt es, die besondere Situation der Oberrheinregion und die Bedeutung und Stellung der Grenzgängerinnen und Grenzgänger zu berücksichtigen.

Wir danken Ihnen für die sorgfältige Prüfung dieser Anliegen im Rahmen Ihrer Beratungen.

Freundliche Grüsse

Dr. Guy Morin
Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt
Präsident der Oberrheinkonferenz

Helmut Hersberger
Grossrat des Kantons Basel-Stadt
Präsident des Oberrheinrates

Kopie an:

- Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft
- Nationalrat Heinz Brand, Präsident Staatspolitische Kommission des Nationalrates (per Mail)
- Nationalrat Roland Büchel, Präsident Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (per Mail)